



aktuell 1/2017

Bonn, 31.01.2017

Themen

DFHV Zitrusimporte: DFHV-Aktion zeigt Wirkung
Neues Mitglied im DFHV: Elbegarten GmbH

PFLANZENSCHUTZ Geänderte Rückstandshöchstgehalte seit Januar 2017

QUALITÄTSMANAGEMENT EFSA: Bericht über lebensmittelbedingte Krankheiten
Monitoring Mineralöle

GESETZE Experten begrüßen Düngerechtsreform – Landwirte befürchten Überregulierung
Wissenschaftler kritisieren Gentechnikgesetz

HANDEL Neuseeland: Freihandelsabkommen
Westsahara: EuGH Urteil
EU-Mercosur Verhandlungen
Sri Lanka: Besserer Marktzugang?
Knoblauchlizenzen

KURZMELDUNGEN Obst und Gemüse 2016 teurer
Bundeszentrum für Ernährung startet 2017
Konformitätserklärung Lebensmittelbedarfsgegenstände
Referentenentwurf eines Gebäudeenergiegesetzes vorgelegt
Ernährung in einer Versorgungskrise
Neue Konzepte für die Landwirtschaft

FRISCHESEMINAR Arbeitgeber Fruchthandel: Informationsveranstaltung für Bonner Studenten
Termine Februar 2017 bis April 2017

DFHV Zitrusimporte: DFHV-Aktion zeigt Wirkung

In Schreiben an Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt sowie den stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Gesundheit (DG SANTE) der EU-Kommission Ladislav Miko hat sich DFHV-Präsident Dieter Krauß nachdrücklich für eine praxisnahe, verbraucherfreundliche und nicht protektionistische Lösung bei den geplanten neuen Quarantäneschutzmaßnahmen für den Falschen Apfelwickler (False Codling Moth- FCM) eingesetzt.

Hintergrund für die DFHV-Aktion war eine Resolution des Europäischen Parlaments (EP) vom Dezember 2016, in der auf Betreiben von spanischen Abgeordneten gefordert wurde, dass zukünftig alle Zitrusfrüchte aus Drittstaaten vor Versand einer Kühlbehandlung zur Verhinderung der Einschleppung der FCM unterzogen werden sollen.

Der DFHV und weitere nationale Fruchthandelsverbände haben nationalen und europäischen Entscheidungsträgern die Bedenken der Branche deutlich gemacht. Angesichts mangelnder Kühlkapazitäten im südlichen Afrika drohen Versorgungsengpässe in der EU, sowie erhebliche Qualitäts-/Geschmacksprobleme durch die niedrigen Kühltemperaturen, höherer Handlingkosten und die Gefahr der Vernichtung von zahlreichen Arbeitsplätzen in den Entwicklungsländern und der EU.

Offensichtlich haben die Warnungen der Branche die EU-Kommission veranlasst, im neuen Verordnungstext neben der Kühlbehandlung auch andere Verfahren zu erlauben. Die alternativen Verfahren müssen jedoch von der EU geprüft werden. Damit bleibt die EU-Kommission auch zukünftig Herrin des Verfahrens, ohne protektionistisch zu wirken.

Neues Mitglied im DFHV:

Elbegarten GmbH – junges Unternehmen mit Know-how und Tradition

Wir vermarkten die komplette Obst- und Gemüsepalette, wobei der Schwerpunkt auf Gemüse, Kopfkohl und Kräutern bis hin zu Saisonartikeln wie Spargel gelegt wird.

Während der Saison wird vorwiegend regionale Ware vermarktet. Außerhalb der Saison, sowie bei regionalen Engpässen, erfolgt der Einkauf bedarfsgerecht in ganz Europa und aus Drittländern. Die Vermarktung der Ware erfolgt direkt auf dem Hamburger Großmarkt. In der Großmarkthalle wird die Ware auf einem eigenen Stand direkt zum Verkauf angeboten und in unserem Kühllager findet der Umschlag der Ware statt.

Unsere Kunden sind der Großhandel, Einzelhandel, Cateringunternehmen, Wochenmarkthändler und Schiffsausrüster. Wir bieten unseren Kunden einen 24 Stunden Service, einheitliche Standards, eine umfangreiche Produktpalette und viele weitere Serviceleistungen hinsichtlich Bestellzeiten, Belieferung und Verpackungswünsche an.

Wir sind Ihr Partner im Norden, wenn es um schnelle Lieferung, Frische und Qualität geht. Wir sind zertifiziert nach IFS Cash & Carry, QS und Bio.



PFLANZENSCHUTZ **Geänderte Rückstandshöchstgehalte seit Januar 2017**

Seit Januar 2017 gelten für insgesamt 17 Wirkstoffe bei Obst & Gemüse neue Rückstandshöchstgehalte (RHG). Diese wurden mit drei EU-Verordnungen aus 2016 umgesetzt.

Mit der Verordnung (EU) 2016/1002 wurden die RHG im Bereich Obst & Gemüse für die vier Wirkstoffe AMTT, Diquat, Dodin und Flufosinat für eine Vielzahl von Erzeugnissen geändert. Bis auf wenige Ausnahmen sind damit RHG-Absenkungen auf die sogenannte Bestimmungsgrenze verbunden. Die Verordnung trat am 14.07.2016 in Kraft, die neuen RHG gelten aber erst seit dem 14.01.2017.



Europäische Kommission

Mit der Verordnung (EU) 2016/1015 erfolgte im Bereich Obst & Gemüse eine RHG-Absenkung für die sieben Wirkstoffe 1-Naphthylacetamid, 1-Naphthylethylsäure, Chloridazon, Fluazifop-P, Fuberidazol, Mepiquat und Tralkoxydim. Auch hierbei geht es bis auf wenige Ausnahmen vorrangig um Absenkungen auf die analytische Bestimmungsgrenze für unterschiedliche Produkte. Die Verordnung trat am 19.07.2016 in Kraft, die neuen Höchstgehalte gelten seit dem 19.01.2017.

Mit der Verordnung (EU) 2016/1016 wurden dann für weitere fünf Wirkstoffe die RHG abgesenkt, ebenfalls vorrangig auf die analytische Bestimmungsgrenze. Dies betraf die Wirkstoffe Ethofumesat, Etoxazol, Fenamidon, Fluoxastrobin und Flurtamon. Die Verordnung trat am 19.07.2016 in Kraft, die neuen RHG gelten seit dem 19.01.2017.

Alle drei Verordnungen beinhalten sogenannte Übergangsregelungen, wie bei Absenkungen der Höchstgehalte üblich. Das betrifft Erzeugnisse, die vorschriftsmäßig vor dem Datum, ab dem die neuen RHG gültig sind, hergestellt wurden. Für diese Erzeugnisse gelten weiterhin die „alten RHG“.

QUALITÄTSMANAGEMENT **EFSA: Bericht über lebensmittelbedingte Krankheiten**



Die EFSA hat ihren Bericht „Zoonosen, Zoonosen-Erreger und durch Lebensmittel verursachte Krankheitsausbrüche“ für das Jahr 2015 veröffentlicht. Danach meldeten die Mitgliedsstaaten 4.362 lebensmittelbedingte (einschließlich durch Wasser verursachte) Krankheitsausbrüche.

Die meisten Krankheitsausbrüche sind durch Bakterien (33,7 %) verursacht worden. Die wichtigsten bakteriellen Erreger waren Salmonellen (21,8 %) und Campylobakter (8,9 %). Bei knapp einem Drittel der Ausbrüche konnte die Ursache nicht ermittelt werden. Die auslösenden Lebensmittel waren hauptsächlich Lebensmittel tierischer Herkunft.

Monitoring Mineralöle

Die EU Kommission hat im Amtsblatt ihre Empfehlung zur Überwachung von Mineralölen in Lebensmitteln und Lebensmittelkontaktmaterialien veröffentlicht.

Demnach sollen die Mitgliedsstaaten 2017 und 2018 unter aktiver Beteiligung der betroffenen Unternehmen das Vorhandensein von Mineralölen verstärkt überwachen.

Die Überwachung soll sich zunächst auf bestimmte Produkte konzentrieren, u. a. Hülsen- und Schalenfrüchte, aber auch Cerealien, Öle, Backwaren, Kakao, Fisch, Süßwaren, Desserts und Getreideerzeugnisse. Auch die verwendeten Verpackungsmaterialien werden überprüft. Die Beprobung wird sich auf vorverpackte Lebensmittel konzentrieren, die sich dem Ablauf ihres MHDs nähern. Werden Mineralöle festgestellt, werden die Behörden weitere Untersuchungen in den betroffenen Unternehmen vornehmen, um die mögliche Quelle zu ermitteln.

Um die einheitliche Umsetzung dieser Empfehlung zu gewährleisten, werden die EU-Referenzlabore Orientierungshilfen geben und spezifische Leitlinien erarbeiten. Mitgliedsstaaten, Lebensmittelunternehmen sowie Hersteller, Vertrieber und Verarbeiter von Verpackungsmaterialien sollen die gewonnenen Überwachungsdaten bis Ende Februar 2019 an die EFSA übermitteln. Die EFSA wird daraus eine Datenbank erstellen. Vorgaben zur Datenermittlung erfolgen noch durch die EFSA.

GESETZE Experten begrüßen Düngerechtsreform – Landwirte befürchten Überregulierung

Kontroverse Diskussionen zum neuen Düngerecht (BT-DS 18/7557) gab es Mitte Januar in einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Während insbesondere die eingeladenen Wissenschaftler einen Paradigmenwechsel in dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf aufgrund der Gleichstellung von Umweltzielen mit denen der Lebensmittelproduktion erkannten, äußerten Vertreter der Landwirtschaft die Befürchtung, dass die Düngung der Pflanzen ausschließlich dem Wasserrecht untergeordnet werden könnte.

Das Düngegesetz soll den Verkehr und die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Pflanzenhilfsmitteln und Kultursubstraten regeln. Die Gesetzesreform soll unter anderem die Grundlage für die Novellierung der Düngeverordnung vorbereiten, um den Vorgaben der EG-Nitratrichtlinie 91/676/EWG gerecht zu werden.

Die Novelle sieht mit der Einführung der sogenannten Stoffstrombilanz ein auf jeden Betrieb flächenbezogenes Bilanzierungssystem zur Nährstoffermittlung vor, die den Landwirten die Kontrolle über die Ausbringung von Nährstoffen auf die Äcker ermöglichen und den Behörden die notwendigen Daten zur Überprüfung an die Hand geben soll. Dadurch soll der Eintrag von Nitrat in das Grundwasser in belasteten Regionen reduziert werden.

Wissenschaftler kritisieren Gentechnikgesetz

Der Entwurf zur geplanten Änderung des Gentechnikgesetzes durch die Bundesregierung (BT-DS 18/10459) stößt bei Experten auf Kritik. In einer Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestages Mitte Januar 2017 bemängelten die Sachverständigen, dass der Entwurf zu kompliziert sei.

Einerseits erschwere der Entwurf die Durchsetzung eines Anbauverbotes für gentechnisch veränderte Pflanzen (GVO), andererseits könnte durch das Gesetz eine wichtige Zukunftstechnologie riskiert werden. Die Anhörung widmete sich sowohl einem Entwurf der Bundesregierung als auch einem Entwurf des Bundesrates (BT-DS 18/6664), durch die Anbaubeschränkungen oder Verbote für GVO in Deutschland ermöglicht werden sollen. Als rechtliche Grundlage dient die sogenannte Opt-out-Regelung auf Grundlage der Richtlinie (EU) 2015/412. Opt-out meint eine Ausnahmeregelung für EU-Mitgliedstaaten, nationale Anbauverbote oder Beschränkungen für gentechnisch veränderte Pflanzen in ihrem Hoheitsgebiet oder in Teilen davon beschließen zu dürfen.

Die geladenen Wissenschaftler warnten in ihren Stellungnahmen davor, mit dem Gesetz Innovationen zu behindern. So bestünde im Genome Editing ein großes Potenzial und eine wichtige Zukunftstechnologie. Dem gegenüber warnte der BUND, dass mittelfristig der Verlust der Gentechnikfreiheit für in Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte drohe.

HANDEL Neuseeland: Freihandelsabkommen



Die EU und Neuseeland haben angekündigt in Kürze Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zu beginnen. Der neuseeländische Premierminister English geht davon aus, dass die Verhandlungen noch dieses Jahr beginnen werden. Die EU Kommission schätzt, dass die Verhandlungen nur kurze Zeit (2-3 Jahre) dauern werden, da die Handelsbedingungen in der EU und Neuseeland ähnlich seien. Die normale Verhandlungsdauer bei Freihandelsabkommen liegt bei etwa 5 - 6 Jahren.

Westsahara: EuGH Urteil

Der EuGH hat geurteilt, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Marokko nicht auf das Gebiet der Westsahara angewendet werden darf. Nach Ansicht des Gerichts ist die Westsahara kein Teil des Staates Marokkos. Die EU muss nun entsprechende Anpassungen in ihrer Verfahrensweise vornehmen.

EU-Mercosur Verhandlungen

Die Kommission hat ihre Prioritäten für die Verhandlungen mit Mercosur vorgestellt. Demnach ist das Hauptziel die Öffnung der Mercosur-Märkte für EU-Produkte. Dabei liegt der Fokus auf der Verbesserung der SPS-Regelungen

(gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen), Ursprungsregeln und der Arbeitsbedingungen. Die Zollsätze sollen, wenn möglich, auf null abgesenkt werden. Die EU Kommission ist sich bewusst, dass gerade eine Öffnung der Märkte für landwirtschaftliche Produkte ein sehr schwieriges Feld ist, sie sieht aber hinreichendes Interesse an einer Öffnung auf beiden Seiten.

Sri Lanka: Besserer Marktzugang?



Es besteht die Möglichkeit, dass Sri Lanka verbesserten Zugang zum EU-Markt erhalten wird. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass Sri Lanka vorteilhaftere Handelsbedingungen im Rahmen des Allgemeinen Präferenz-Systems (APS) gewährt werden sollen, wenn sich das Land im Gegenzug dazu verpflichtet, verschiedene internationale Konventionen zu ratifizieren und umzusetzen. Die einseitigen Handelspräferenzen würden zu einer vollständigen Abschaffung der Zölle für 66% der Tariflinien Sri Lankas führen. Das Europäische Parlament und der Rat haben nun vier Monate Zeit, um Einwände zu erheben, bevor die Maßnahmen wirksam werden.

Knoblauchlizenzen

Im Amtsblatt der Europäischen Union ist die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2017/107 über die Erteilung von Lizenzen für die Einfuhr von Knoblauch im Zeitraum vom 01.03.2017 bis 31.05.2017 veröffentlicht worden. Betroffen sind Einfuhrlizenzanträge „A“.

Nach Auswertung der Zahlen beträgt der Zuteilungskoeffizient für neue Einführer aus China 0,489868 %.

KURZMELDUNGEN **Obst und Gemüse 2016 teurer**

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) bekannt gab, waren Obst und Gemüse in Deutschland im Jahr 2016 teurer als noch in 2015. Danach betrug die Preiserhöhung bei Gemüse 3,7 % (speziell bei Kartoffeln + 13,8 %). Bei Obst nahmen die Preise um insgesamt 3,6 % zu (z. B. Äpfel + 3,2 %, Citrus + 9,5 %).

Bundeszentrum für Ernährung startet 2017

Das Bundeszentrum für Ernährung (BZfE) nimmt ab Februar 2017 seine Arbeit auf. Unter dem Dach der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) werden die bisherigen Ernährungsaktivitäten von aid infodienst sowie BLE weitergeführt. Das Kommunikationszentrum fasst die Aktivitäten zur Ernährungsbildung und -kommunikation zusammen und stellt den Verbrauchern wesentliche Informationen zur Verfügung.

Konformitätserklärung Lebensmittelbedarfsgegenstände

Die EU Kommission führt eine Umfrage zur Verwendung von Dokumenten zum Beleg der Konformität von Bedarfsgegenständen (Konformitätserklärung, supporting documents) durch. Ziel ist es, festzustellen, welche Probleme es in der Lieferkette mit Konformitätserklärungen gibt. Eine auf der Umfrage basierende Anpassung der gesetzlichen Regelungen soll erfolgen. Es besteht nun die Möglichkeit, die Kommission auf Probleme und Unklarheiten aufmerksam zu machen. Die Befragung endet am 10.02.2017 und kann [hier](#) abgerufen werden.

Referentenentwurf eines Gebäudeenergiegesetzes vorgelegt

Um das Baurecht zu vereinfachen, führt das von der Bundesregierung geplante neue Energieeinsparungsgesetz (EnEG) die bestehenden Regelungen in einem neuen Gesetz, dem Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung Erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz – GEG) zusammen. Für den Gebäudebestand werden die bestehenden Anforderungen nicht verschärft. Allerdings hat unser Dachverband BGA gefordert, dass auch gewerbliche und industrielle Hallen, bei denen der überwiegende Teil der Nettogrundfläche der Fertigung, Produktion, Montage und Lagerung dient, ebenfalls außen vor bleiben sollen.

Ernährung in einer Versorgungskrise

Die Neuregelung zur Grundversorgung der Bevölkerung im Falle einer Krise ist Ziel des von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurfes zur Sicherstellung der Ernährung in einer Versorgungskrise (BT-DS 18/10943). Mit der Überarbeitung sollen die bestehenden Regelungen zum neuen Ernährungssicherungsgesetz und Ernährungssicherungsvorsorgegesetz (ESVG) zusammengefasst werden. Die im Gesetzentwurf enthaltenen Verordnungsermächtigungen sollen dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Bedarfsfall eine öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln erlauben. In diesem Rahmen sollen Regelungen über die Produktion, den Bezug oder die Zuteilung von Lebensmitteln erlassen werden können.

Neue Konzepte für die Landwirtschaft

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will "überholten Konzepten" in der Landwirtschaftspolitik ein Ende bereiten. In einem Antrag mit dem Titel "Landwirtschaft braucht Zukunft" (BT-DS 18/10872) fordern die Abgeordneten, den maximalen Satz von 15 Prozent von EU-Geldern für eine tiergerechte Haltung, mehr Ökolandbau, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sowie regionale Vermarktung umzuschichten. Des Weiteren soll verbrauchertäuschende Werbung und Produktaufmachung, die Bauernhof-Idylle vorgaukelt, wo industrielle Massentierhaltung drinsteckt, unterbunden werden.



DFHV *aktuell* 1/2017

FRISCHESEMINAR Arbeitgeber Fruchthandel: Informationsveranstaltung für Bonner Studenten

Welche Berufschancen haben junge Agrarwissenschaftler im Fruchthandel? Wo können die Uni-Absolventen in welchen Positionen ihre ersten beruflichen Erfahrungen in der Obst- und Gemüsebranche machen?

Antworten darauf lieferte der Deutsche Fruchthandel und die DFHV-Bildungsplattform FrischeSeminar auf der Veranstaltung „Unternehmen im Qualitätsmanagement und im Fruchthandel als potentielle Arbeitgeber“ Mitte Januar 2017 in der Universität Bonn.

Rund 50 Studenten der landwirtschaftlichen Fakultät erhielten im voll besetzten Seminarsaal Ideen und Anregungen insbesondere über die Anforderungen und Aufgabenbereiche im Qualitätsmanagement. Darüber hinaus gab es Hintergrundinformationen sowohl über die unterschiedlichen Strukturen der Fruchthandelsunternehmen, als auch die Themenfelder des DFHV.

Aufgrund der hohen Resonanz in diesem Jahr soll die Informationsveranstaltung in Kooperation mit der Universität Bonn auch zukünftig angeboten werden.



SEMINAR-TERMINE Februar 2017 bis April 2017

16.02.2017	Qualitäts-/Wareneingangskontrolle Obst und Gemüse Spezialisten-Seminar (Basis), Bonn
02.03.2017	Der Obst- und Gemüsemarkt im Überblick – Strukturen und Trends Spezialisten-Seminar (Basis), Bonn in Kooperation mit Agrarmarkt Informations-GmbH
06.03. - 10.03.2017	Inhouse-Seminar
09.03.2017	Kundengespräche erfolgreich führen (Grundlagen) Spezialisten-Seminar (Basis), Bonn in Kooperation mit Andreas Hermes Akademie
14.03.2017	IFS Cash & Carry/Wholesale: Erfahrungsaustausch Spezialisten-Seminar (Basis), Bonn
16.03. - 17.03.2017	Warenkunde Obst und Gemüse Seminar für Auszubildende, Bonn

AUSGEBUCHT



DFHV *aktuell* 1/2017

- 25.03.2017 Qualitäts-/Wareneingangskontrolle Obst und Gemüse
Regional-Seminar (Basis), Großmarkt Berlin in Kooperation mit Fruchthof Berlin
Verwaltungsgenossenschaft eG
- 28.03. - 29.03.2017 Bananen-Reifung: Reifetechnik und Reifemanagement
Spezialisten-Seminar (Basis), Hamburg in Kooperation mit Internationale
Fruchtimport Gesellschaft Weichert GmbH & Co. KG und Hamburg Süd
- 04.04.2017 Digitalisierung der Obst- und Gemüsebranche: Erfüllung von
Kundenanforderungen an Produktetikettierung, Rückverfolgbarkeit und
Prozesstransparenz mit GS1 Standards
Spezialisten-Seminar (Basis), Köln
- 06.04.2017 Aktuelle Entwicklungen im Qualitätsmanagement – Schwerpunkt
Rückstandsanalytik
Spezialisten-Seminar (Basis), Bonn
- 25.04.2017 Inhouse-Seminar
- 26.04.2017 Inhouse-Seminar